

# Kommunen fehlen 100 Millionen Euro

Spitzenverbände lehnen Finanzausgleich „vollumfänglich“ ab

VON ELMAR OTTO

**ERFURT.** Die Gemeinden, Städte und Landkreise haben sich viel von der rot-rot-grünen Landesregierung versprochen. Was auch mit einer vollmundigen Ankündigung im Koalitionsvertrag zusammenhängt. Die Erwartungen der Kommunen sind jedoch nicht einmal ansatzweise erfüllt worden. Was sie jetzt in schriftlichen Stellungnahmen zum Kommunalen Finanzausgleich, die der TLZ vorliegen, zum Ausdruck bringen.

Der Gesetzentwurf werde „vollumfänglich und katego-

rianzpolitik gegen den ländlichen Raum“, ärgert sich Budde. „Nach den uns vorliegenden Informationen müssten dadurch in vielen Landkreisen die Kreisumlagehebesätze drastisch, teilweise um fünf Prozent, erhöht werden.“ Dies sei in Zeiten der Flüchtlingskrise und den daraus resultierenden Finanzierungslasten für die Landkreise vollkommen inakzeptabel. „Dem Gesetzentwurf fehlt das finanzielle Augenmaß“, urteilt der Kommunalmanager und fordert eine Erhöhung „um mindestens 100 Millionen Euro auf das Niveau von 2015“.

renden Röhren‘ bereits 2005 den Riegel vorgeschoben. Die Landesregierung sollte diese Vorgaben bei ihrer Finanzpolitik gegenüber den Landkreisen wieder beachten“, mahnt Budde.

Auch der Gemeinde- und Städtebund geht auf die Barrikaden. „Die festgesetzte Summe reicht bei Weitem nicht aus, die zahlreichen und vielfältigen Aufgaben zu finanzieren“, so Geschäftsführer Ralf Rusch. Er erinnert Rot-Rot-Grün an den Koalitionsvertrag, in dem es heißt, es werde angestrebt, „die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig zu verbessern“. Dadurch solle unter anderem vermieden werden, dass weitere Kommunen in eine extreme Haushaltsnotlage geraten. Und damit all das auch Realität wird, würde der Finanzausgleich 2016 „in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden“ angepasst.

Doch davon kann aus Ruschs Sicht keine Rede sein. Im Vergleich zum laufenden Jahr sinke die Ausstattung auf 1,9854 Milliarden Euro auf 1,901 Milliarden Euro in 2016 und 2017. Berücksichtigt man neben diesen Verlusten noch die Aufgaben, die erstmals über den KFA finanziert werden, kommt Rusch auf einen Fehlbetrag, der sogar bei 122 Millionen Euro liegt. Unter diese Aufgaben fallen beispielsweise die Verwaltungskosten in der Flüchtlingsbetreuung in Höhe von 23,6 Millionen Euro, der Sonderlastenausgleich für Kurortler (zehn Millionen Euro) und der Betrag für die Beseitigung besonderer Umweltbelastungen (3,5 Millionen). Doch damit nicht genug. 2017, sagt Rusch, kämen nochmals 1,2 Millionen Euro für den vom Land neu gesetzten Standard beim Digitalfunk hinzu.



„Wenn das Land nicht nachbessert, werden wir rechtliche Schritte prüfen.“

Thomas Budde, Geschäftsführer des Thüringischen Landkreistags

risch“ abgelehnt, da die Finanzausweisungen des Landes „massiv und in nicht mehr zu akzeptierender Weise für 2016 und 2017 zurückgefahren werden würden“, schreibt der Geschäftsführer des Thüringischen Landkreistages, Thomas Budde, in kaum zu überbietender Deutlichkeit. Er fordert den zuständigen Innenminister Holger Popenhäger (SPD) auf „deutlich nachzubessern“. Insbesondere die vorgesehenen Kürzungen der Schlüsselzuweisungen um 46 Millionen Euro, mit denen Geld für Schulen, Sozialhilfe, Straßenbau oder Krankenhäuser bereitgestellt wird, stoßen auf massiven Widerstand. Zumal die kreisfreien Städte hier nur drei Millionen Euro einbüßen würden. „Das ist eine Fi-

Gleichzeitig müssten die steigenden Ausgaben der Kreise im Personal- und im sozialen Bereich zusätzlich in die Finanzausgleichsmasse eingerechnet werden. Für Budde ist es „sachlich nicht vertretbar“ und auch nach der Gesetzessystematik nicht nachvollziehbar, dass diese Ausgabensteigerungen, die sich zusammen auf 73 Millionen Euro belaufen, nicht angemessen berücksichtigt wurden.

Zudem wehrt sich der Landkreistag dagegen, dass die Erhöhung des Mehrbelastungsausgleichs auf 89 Euro je Einwohner – für die etwa 80 übernommenen staatlichen Aufgaben – zu Lasten der Schlüsselmasse geht. „Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat einem solchen Prinzip der ‚kommunizie-



Die Tagung der Adenauer-Stiftung stand unter dem Titel „Alles Lüge!? – Die Herausforderungen der Mediendemokratie“. Hier diskutiert Moderator Jochen Markett mit dem Cicero-Chefredakteur Christoph Schwennicke und TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder. Fotos (2): P. Michaelis

# „Medien werden in ihrer Legitimität hinterfragt“

Journalisten und Blogger diskutieren in Erfurt über den Vorwurf der „Lügenpresse“

VON JAN-HENRIK WIEBE

**ERFURT.** Gleich auf dem Weg vom Bahnhof zur Veranstaltung sei sie mit dem Thema konfrontiert worden, sagte Anne Reidt, die Leiterin des ZDF Heute Journals. „Alles Lüge!? Die Herausforderungen der Mediendemokratie“ war das Thema bei der Tagung zu Medien, Politik und Demokratie der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) als Medienpartner.

„Die Medien werden kritischer gesehen als vorher. Wir stehen vor enorm hohen Herausforderungen“, sagte Landtagspräsident Christian Carius (CDU) in seiner Eröffnungsrede. Er habe derzeit Zweifel daran, so Carius, dass es wirklich eine Mediendemokratie gibt. „Medien werden in ihrer Legitimität hinterfragt, vor allem in den Sozialen Medien“, stellte der Landtagspräsident fest. Für ihn sei die Kritik legitim, aber „die klare Grenze der Meinungsäußerung besteht für mich bei Hass und Gewalt.“

Nach Carius' Eröffnungsrede diskutierten der Chefredakteur des Cicero, Christoph Schwennicke, und TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder über Nachrichten und Medien in Wechselwirkung mit Politik und Medien. Beide stellten fest, dass das Internet eine knallharte Konkurrenz sei. Gleichzeitig „gibt es eine Vertrauenskrise zwischen Medien und Lesern, wie es sie noch nie gegeben hat“, stellte Hilder fest. Für ihn ist „der Verlust der Glaubwürdigkeit das Schlimmste, was Medien passieren kann.“ Anschließend diskutierten die

Teilnehmer der Veranstaltung in drei Gruppen über „Printmedien – Letzte Bastion des Qualitätsjournalismus“, „Hörfunk und Fernsehen – Foren für Politiker oder Ort der Information?“ sowie „Onlinemedien – Quelle alternativer Information oder Foren für Pöbelei und Verschwörungstheorien?“.

„Printmedien als letzte Bastion zu bezeichnen, würde bedeuten, auf einem besonders hohen Ross zu sitzen, von dem die Fallhöhe dann auch dementsprechend hoch wäre“, so TLZ-Landeskorrespondent Elmar Otto. „Und vor allem würde man den Fernseh-, Radio- und Online-Kollegen Unrecht tun. Denn auch dort wird Journalis-

mus auf hohem Niveau betrieben. Aber fest steht, was Umfragen immer wieder attestieren: Die Glaubwürdigkeit von regionalen Tageszeitungen wie der TLZ ist am höchsten“, sagte Elmar Otto. Hingegen verbinde man „Soziale Medien wie Facebook und Twitter sowie Boulevardblätter eher mit Unglaubwürdigkeit.“

Die sozialen Medien waren auch Thema in der Diskussionsrunde zu den Online-Medien, in der Sven Oelsner von der Thüringer Blogzentrale und der Leiter des Online-Bereichs der TLZ, Sebastian Holzapfel, diskutierten. Dabei ging es auch um Facebook, wo die TLZ – im Gegensatz zu anderen Zeitun-

gen – weiterhin alle für Thüringen relevanten Artikel zur Flüchtlingskrise veröffentlicht. „Wir machen alles – nur keine Zensur. Wir berichten über Demos für Mitmenschlichkeit und über die AfD-Kundgebungen“, sagte Holzapfel. Die TLZ bekommt zum Teil grenzwertige Kommentare in den Sozialen Medien, erzählt Holzapfel. Teilweise kämen hunderte Kommentare, der Inhalte sich kaum zeitnah kontrollieren ließen. Allerdings hätten die Leser durch die Gerichtsurteile zum Hass im Internet bereits gelernt und „inzwischen halten sie sich besser an die Regeln“, so Holzapfel weiter. Er plädierte dafür, auch den aufgebrauchten Bürgern ein Forum zu bieten, bevor sie sich ganz aus der Diskussion mit Demokraten entziehen und nur noch in rechtsextremen Zirkeln austauschen.

ZDF-Frau Reidt, die nach ihrer Ankunft vom Taxifahrer gleich mit dem Begriff „Lügenpresse“ konfrontiert wurde, gab sich selbstkritisch in der Diskussionsrunde zu Hörfunk und Fernsehen. „Andere wichtige Themen, wie zum Beispiel der Reformstau in Griechenland oder der ungelöste Konflikt in der Ostukraine, werden wegen der Flüchtlingskrise derzeit vernachlässigt“, sagte die Journalistin. Seit dem Russland-Ukraine-Konflikt sei die Kritik an den Medien gestiegen, was teilweise auch an der Berichterstattung liege, sagte Reidt. Sie plädierte für eine Fehlerkultur bei Medien, bei der journalistische Fehlleistungen eingestanden und korrigiert werden von den Sendern.



Diskussion mit dem Leiter des Online-Bereichs der TLZ, Sebastian Holzapfel (vorn), und Moderator Ralf Guldenzopf.

### Schlüsselzuweisungen des Landes an die Thüringer Kommunen

| Kreisfreie Stadt / Landkreis / Land | Einwohner lt. § 32 Abs. 1 ThürFAG 31.12.2014 | Schlüsselzuweisung 2015 in Euro | Schlüsselzuweisung 2016 in Euro | mehr (+) / weniger (-) |
|-------------------------------------|--|---------------------------------|---------------------------------|------------------------|
| Stadt Erfurt                        | 200 219                                      | 79 859 566                      | 77 296 460                      | - 2 563 106            |
| Stadt Gera                          | 94 492                                       | 41 041 553                      | 41 558 498                      | + 516 945              |
| Stadt Jena                          | 108 207                                      | 34 411 864                      | 33 031 880                      | - 1 379 984            |
| Stadt Suhl                          | 36 208                                       | 12 955 143                      | 13 004 216                      | + 49 073               |
| Stadt Weimar                        | 63 477                                       | 24 224 767                      | 23 918 944                      | - 305 823              |
| Stadt Eisenach                      | 41 884                                       | 16 494 672                      | 16 800 229                      | + 305 557              |
| <b>alle kreisfreien Städte</b>      |  |                                 |                                 | <b>- 3 337 338</b>     |
| Eichsfeld                           | 100 730                                      | 31 302 087                      | 27 343 143                      | - 3 958 944            |
| Nordhausen                          | 85 055                                       | 33 334 429                      | 32 457 832                      | - 876 597              |
| Wartburgkreis                       | 125 835                                      | 36 684 975                      | 31 492 603                      | - 5 192 372            |
| Unstrut-Hainich-Kreis               | 103 922                                      | 40 591 408                      | 39 372 148                      | - 1 219 260            |
| Kyffhäuserkreis                     | 77 148                                       | 31 791 485                      | 31 220 470                      | - 571 015              |
| Schmalkalden-Meiningen              | 125 056                                      | 41 231 160                      | 36 066 421                      | - 5 164 739            |
| Gotha                               | 135 381                                      | 47 515 070                      | 43 260 788                      | - 4 254 282            |
| Sömmerda                            | 70 537                                       | 25 104 400                      | 22 811 265                      | - 2 293 135            |
| Hildburghausen                      | 64 673                                       | 20 321 332                      | 17 286 320                      | - 3 035 012            |
| Ilm-Kreis                           | 108 899                                      | 36 838 919                      | 35 145 111                      | - 1 693 808            |
| Weimarer Land                       | 81 641                                       | 27 150 191                      | 23 962 477                      | - 3 187 714            |
| Sonneberg                           | 56 809                                       | 18 000 408                      | 16 217 063                      | - 1 783 345            |
| Saalfeld-Rudolstadt                 | 109 646                                      | 38 733 827                      | 36 444 916                      | - 2 288 911            |
| Saale-Holzland-Kreis                | 83 966                                       | 28 275 567                      | 25 690 173                      | - 2 585 394            |
| Saale-Orla-Kreis                    | 82 887                                       | 29 739 136                      | 26 326 116                      | - 3 413 020            |
| Greiz                               | 101 382                                      | 37 305 061                      | 33 080 203                      | - 4 224 858            |
| Altenburger Land                    | 92 705                                       | 38 592 680                      | 38 123 923                      | - 468 757              |
| <b>alle Kreise</b>                  |  |                                 |                                 | <b>- 46 211 163</b>    |
| <b>Thüringen</b>                    | <b>2 156 759</b>                             | <b>771 499 700</b>              | <b>721 911 199</b>              | <b>- 49 588 501</b>    |

Modellrechnung: Innenministerium

# Thüringer Kliniken sehen sich für höhere Qualitätshürden gerüstet

Reform stellt die Krankenhäuser im Freistaat vor neue Herausforderungen

VON KATRIN ZEIB

**ERFURT.** Die Landeskrankenhausesgesellschaft sieht strenge Qualitätsanforderungen für Kliniken gelassen entgegen. „Ich habe keine Sorgen, dass Thüringer Häusern Vergütungsabschläge wegen schlechter Behandlungsleistungen drohen“, sagt Geschäftsführer Michael Lorenz. Solche Strafabschläge sieht die in der vergangenen Woche vom Bundestag beschlossene Krankenhausreform vor. Bereits jetzt stellen die gesetzlich vorgeschriebenen Qualitätsüberprüfungen Thüringer Krankenhäuser ein gutes Zeugnis aus, sagte Lorenz vor einer Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Gesell-

schaft. In Thüringen gibt es 38 Krankenhäuser. Die Krankenhausreform sieht vor, dass es künftig für besonders gute Leistungen bei Operationen und Patientenversorgung Zuschläge geben soll, bei schlechten Leistungen Abschläge. Bei anhaltend schlechten Leistungen riskieren Abteilungen oder sogar ganze Krankenhäuser die Schließung. Den gesetzlichen Krankenkassen geht diese Regelung nicht weit genug. „Dass Kliniken, die schlechte



Michael Lorenz, Geschäftsführer der Landeskrankenhausesgesellschaft. Foto: pm

Leistungen erbringen, zwar Abschläge hinnehmen müssen, aber trotzdem weitermachen können, ist den Versicherten kaum zu vermitteln“, sagt Ralf Gommermann, Vizechef des Ersatzkassenverbandes vdek in Thüringen. Auch Gommermann sieht Thüringer Häuser bei der Behandlungsqualität „in der Regel“ gut aufgestellt. „Es kommt aber darauf an, wie hoch künftig die Latte gelegt werden wird.“ Mit der Krankenhausreform werden die Häuser zum Beispiel verpflichtet, Min-

destmengen für bestimmte Leistungen festzulegen – zum Beispiel eine Zahl von Knieoperationen. Die Landeskrankenhausesgesellschaft ist Dachverband der Krankenhausräger. Die Zahl der Kliniken ist seit 1990 nach Fusionen und Schließungen von 69 auf 38 geschrumpft. Knapp die Hälfte der hiesigen Kliniken wird von privaten Konzernen betrieben. Nur noch ein Drittel gehört den Städten und Landkreisen, ein Viertel freigegebenen Trägern wie den Kirchen. Im vergangenen Jahr wurden 581 000 Patienten stationär in einer Klinik behandelt. Laut amtlicher Statistik waren nur drei Viertel der mehr als 16 000 Klinikbetten belegt.

# Jeder Zweite interessiert sich für Landespolitik

Umfrage im Auftrag des Landtags – Abgeordnete wenig bekannt

VON SEBASTIAN HAAK

**ERFURT.** Der Thüringer Landtag wollte von den Menschen wissen, wie sehr sie sich für Landespolitik interessieren. Die Ergebnisse liegen jetzt vor.

Gut jeder zweite Thüringer interessiert sich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap für die Landespolitik – allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen. Insgesamt gaben bei der Umfrage 53 Prozent der Befragten an, sie interessieren sich sehr stark oder stark für das, was in der Politik des Freistaates geschieht. Etwa ein Drittel der Befragten

sagten, sie interessierten sich weniger stark dafür. Etwa jeder zehnte Befragte gab an, er interessiere sich überhaupt nicht für Landespolitik.

### 1000 Befragte

Die Studie war vom Thüringer Landtag im Auftrag gegeben worden. Das Meinungsforschungsinstitut befragte Ende September telefonisch rund 1000 wahlberechtigten Thüringer. In den Altersgruppen der unter 35-Jährigen gaben nur 26 bis 31 Prozent an, sich stark oder sehr stark für die Thüringer Landespolitik zu interessieren. Bei den Älteren waren es deutlich

mehr als 50 Prozent. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) erklärte, das geringe Interesse junger Menschen für Politik dürfe nicht mit pauschaler Politikverdrossenheit gleichgesetzt werden. Menschen im Alter zwischen 18 und 34 Jahren seien nach den Erkenntnissen auch anderer Studien in einer Orientierungsphase des Lebens, in der Politik für sie eine kleinere Rolle spiele als später. Die Arbeit der Landtagsabgeordneten seit der Wende bewerteten laut der Studie 65 Prozent der Befragten als sehr gut oder gut. Allerdings kennen nur 40 Prozent der Thüringer den Abgeordneten ihres Wahlkreises.